

Eine BAföG-Garantie für 100.000 zusätzliche Studierende

Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt die Forderungen des DGB und des Deutschen Studentenwerkes für eine deutliche Anhebung des BAföG. Mit einer Erhöhung der Einkommensfreibeträge um 10 Prozent würden rund 100.000 Studierende mehr als bisher einen BAföG-Anspruch erhalten.

Viele Studentinnen und Studenten bekommen kein BAföG, weil ihre Eltern zu viel verdienen – aber zu wenig, um ihren Kindern ein Studium zu bezahlen. Die von der Bundesregierung angekündigte kleine BAföG-Anpassung ist völlig unzureichend, um Abhilfe zu schaffen. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, rasch ein Gesetz für eine große BAföG-Novelle vorzulegen, damit schon zum Wintersemester 2010/11 mehr Studierende einen ausreichenden Anspruch auf Studienförderung erhalten.

Eine solche BAföG-Garantie für weitere 100.000 Studentinnen und Studenten wäre schneller umsetzbar, sozial gerechter und für die Studierenden deutlich verlässlicher als das von Union und FDP angekündigte Stipendien-Programm. Die schwarz-gelben Stipendienpläne sind sozial unausgewogen und mit einem hohen bürokratischen Aufwand bei den Hochschulen verbunden, die die Gelder bei Unternehmen einwerben sollen. Außerdem ist völlig unklar, ob die Wirtschaft bereit ist, sich überhaupt in nennenswertem Umfang zu beteiligen.

Für uns ist klar: Bildung muss gebührenfrei sein – von der Kita bis zum Master-Abschluss. Und diejenigen, die sich gute Bildung aus eigenen Mitteln nicht leisten können, müssen sich darauf verlassen können, dass der Staat sie unterstützt. Der einzige Weg zu mehr Chancengleichheit im Studium lautet: Studiengebühren abschaffen, BAföG ausbauen.

Mittelkürzung beim Kampf gegen Rechtsextremismus?

Gleich zu Beginn ihrer Amtszeit hat die CDU-Ministerin Köhler angekündigt, bei den Bundesmitteln zur Bekämpfung von Rechtsextremismus umschichten zu wollen. Links- und Rechtsextremismus seien „gleich gefährlich“, betont sie.

Wichtige Fakten blendet sie dabei aus: Das Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ und andere Programme richten sich schon heute gegen alle Formen von Antisemitismus und Rassismus. Aus gutem Grund hat die Bundesregierung aber in der Vergangenheit den Schwerpunkt auf den Kampf gegen Rechtsextremismus gelegt: Er ist in der Bundesrepublik die gefährlichste Extremismusart. Das Bundeskriminalamt stellt einen Anstieg rechtsradikaler Gewalt in allen Bundesländern fest, der BKA-Präsident spricht von „exzessiver Brutalität“ bei rechter Gewalt.

Damit klar ist: Der Kampf gegen Extremismus jeglicher Art ist konsequent zu führen. Rechts- und Linksextremismus gleichzusetzen heißt aber, die von dem Rechtsextremismus ausgehende Gefahr zu verharmlosen.

Vorerst wagt die Bundesregierung noch nicht, die Sparaxt an die derzeit laufenden Bundesprogramme anzulegen. Die geplanten neuen Pilot-Programme gegen Linksextremismus und Islamismus sollen aus einem anderen Geldtopf gefördert werden. Aber es ist zu befürchten, dass Schwarz-Gelb nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen die wahren Sparpläne hervorholt – und auch beim Kampf gegen Rechtsextremismus kürzt.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert beim Kampf gegen Rechtsextremismus eine Förderung langfristiger Strukturen. Sie tritt für eine Bundesstiftung gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit ein, damit Projekte in der Präventionsarbeit längerfristig geplant werden können.